

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernd Schimmler (SPD)

vom 12. März 2004 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. April 2004) und **Antwort**

Beurteilungsnoten in der Berliner Justiz und der Berliner Verwaltung insgesamt: Notenspiegel endlich ausreizen!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welchen Notendurchschnitt wiesen die Bewerber auf ein Beförderungsamt, die dem Richterwahlausschuss vorgestellt wurden, in den letzten zwei Jahren auf?

2. Welchen Notendurchschnitt wiesen die Bewerber zur Verbeamtung auf Lebenszeit auf, die dem Richterwahlausschuss in den letzten zwei Jahren vorgestellt wurden?

Zu 1. und 2.: Die dem Richterwahlausschuss seit dem 1. Januar 2002 vorgestellten Bewerberinnen und Bewerber wiesen folgende Noten auf:

	hervorragend	übertrifft erheblich die Anforderungen	übertr. teilweise erhebl. die Anforderungen	übertr. teilweise die Anforderungen	entspricht den Anforderungen
Anstellungen		11	45	34	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----
Beförderungen von					
R 3 Z nach R 6	1				
R 2 nach R 4	1				
R 2 (B2) nach R 3	11				
R 1 nach R 2 / R 2 Z	4	47	8		

3. Wie beurteilt die Senatsverwaltung für Justiz die Berliner Benotungspraxis im Vergleich zu der des Nachbarlandes Brandenburg?

Zu 3.: Die Benotungspraxis im Land Brandenburg und im Land Berlin ist sehr unterschiedlich. So gibt es in Brandenburg fünf Gesamturteile, in Berlin sechs. Außerdem differieren die Definitionen für die einzelnen Gesamturteile erheblich. Statistiken aus Brandenburg, wie sich die Beurteilungen auf die einzelnen Gesamturteile verteilen, sind nicht bekannt. Ein Vergleich der Berliner Benotungspraxis mit der des Landes Brandenburg ist aus den genannten Gründen nicht möglich.

4. Ist eine grundlegende Veränderung der Benotungspraxis in der Justiz durch Veränderung der entsprechenden Dienstanweisung geplant?

Zu 4.: Im Rahmen des Projektes „Justizreform“ wird die Allgemeine Verfügung über die dienstliche Beurteilung der Richter vom 1. August 1994 grundlegend überprüft. Die Arbeitsgruppe „Personalmanagement“ zum Projekt „Justizreform“ hat zu diesem Zweck eine Unterarbeitsgruppe mit der Entwicklung eines neuen Beurteilungswesens für die gesamte Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft beauftragt. Noch in diesem Jahr werden die Arbeitsergebnisse vorliegen.

5. Teilt die Senatsverwaltung für Justiz die Befürchtung in der Judikative, dass die schon traditionell gegenüber der allgemeinen Verwaltung in Berlin relativ schlechtere Beurteilung („Sehr gut“ gibt es in der Justiz nur als Ausnahme) bei Bewerbungen in anderen Verwaltungen zu Nachteilen führen kann oder sieht die Senatsverwaltung in einem noch größeren Ausnutzen der Notenspektren auch eine Chance beispielgebend für andere Berliner Verwaltungen die Benotungspraxis insgesamt zu verändern?

Zu 5.: Die Antwort zu 1. und 2. zeigt, dass das Notenspektrum durchaus ausgeschöpft wird. Im Übrigen ist nicht bekannt, dass Angehörige der Berliner Justiz durch die Beurteilungspraxis bei Bewerbungen in anderen Verwaltungen benachteiligt werden.

6. Teilt der Senat meine Auffassung, dass die bisher in der Hauptverwaltung wie in den Bezirksverwaltungen zu beobachtende Praxis, dass selbst bei Assessment-Verfahren die Bewerber durchgehend nie schlechter als „gut“ bewertet werden, schlicht der Lebenserfahrung widerspricht, jedenfalls dann, wenn es als flächendeckendes System in Berlin auftritt?

Zu 6.: Während eines Auswahlprozesses für eine Stellenbesetzung wird keine Beurteilung im Sinne von Beurteilungsvorschriften erstellt.

7. Wird auch der Senat für alle anderen Verwaltungen die Beurteilungsregelungen überarbeiten?

Zu 7.: Die Beurteilungsvorschriften für die einzelnen Laufbahnfachrichtungen sind bereits in den letzten Jahren von den für die Ordnung der Laufbahnen zuständigen obersten Dienstbehörden grundlegend überarbeitet worden:

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamten des Verwaltungsdienstes (AV BVVD) vom 21. Dezember 2000 (DBI. I/2001 S. 9) , berichtigt am 27. September 2001 (DBI. I S. 135)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes (AV BVPVD) vom 22. Juni 2002 (DBI. I S. 185)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (AV BVTD) vom 1. Oktober 2002 (DBI. I/2003 S. 3)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz vom 15. Januar 2003 (ABl. S. 290)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (AV BLbFGesSoz) vom 4. März 2003 (DBI. I S. 3)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (AV BVSenWissKult) vom 26. März 2003 (DBI. I S 4)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes (AV BVfwtD) vom 1. August 2003 (DBI. I S. 68)

- Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamten und Beamtinnen im Dienstbereich der Steuerverwaltung des Landes Berlin (AV BVStD) vom 11. Dezember 2003 (ABl. S. 5282)

Alle Beurteilungsvorschriften sehen für die Bewertung der dienstlichen Leistungen an Stelle der früher üblichen Noten 1 bis 6 entsprechend § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Laufbahnen der Beamten (Laufbahngesetz) in der Fassung vom 16. Februar 2003 (GVBl. S. 137, 200) folgende Leistungsstufen vor:

A = eine Leistung, die die Anforderungen in herausragender Weise übertrifft,

- B = eine Leistung, die die Anforderungen übertrifft,
- C = eine Leistung, die den Anforderungen entspricht,
- D = eine Leistung, die den Anforderungen mit Einschränkungen entspricht,
- E = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht.

Die Ausführungsvorschriften über die Beurteilung der Beamten des Verwaltungsdienstes, die am 15. Februar 2002 in Kraft getreten sind, werden derzeit einer Evaluierung unterzogen. Aus diesem Anlass wurden die Dienstbehörden der Berliner Verwaltung zu ihren bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Beurteilungswesen befragt. Die Stellungnahmen sind derzeit noch nicht abschließend ausgewertet. Erst nach Abschluss der Evaluierung werden im Einvernehmen mit dem Hauptpersonalrat die notwendigen Schlussfolgerungen für eine Überarbeitung dieser Beurteilungsvorschriften getroffen und die Beurteilungsvorschriften für die übrigen Laufbahnfachrichtungen gegebenenfalls entsprechend angepasst.

Berlin, den 27. April 2004

Karin Schubert

.....

Senatorin für Justiz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. April 2004)